



# **>>> ENTWICKLUNGSPOLITISCHE STRATEGIE**

**gegen Drogenhandel und -anbau  
in Entwicklungsländern**

**Einstieg in einen ganzheitlichen  
Ansatz**

**Positionspapier**

Derzeit sterben in Kolumbien jeden Tag vier Menschen als Opfer von Landminen, die zum Schutz von Drogenplantagen verlegt wurden. Jeden Monat wird dort ein Stück Tropenwald, so groß wie das Bundesland Bremen, für den Anbau von Mohn niedergebrannt. In Afghanistan destabilisiert der Drogenanbau den Aufbau eines demokratischen Staates. Vertreibung, Kinderarbeit und grausame Massaker sind die Folgen des Drogenanbaus in Entwicklungsländern.

Darüber hinaus nimmt der Drogenkonsum zu: 200 Millionen Menschen weltweit konsumieren regelmäßig Drogen. Von dem Konsum sind auch zunehmend Entwicklungs- und Transformationsländer betroffen: Sie sind nicht nur als Anbauregionen, sondern auch als Konsumentenländer und den damit verbundenen gesundheitlichen und sozialen Folgen belastet. Negative Begleiterscheinungen, wie Beschaffungskriminalität, Prostitution und Schattenwirtschaft greifen tief in die ohnehin fragilen gesellschaftlichen, politischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Prozesse dieser Länder ein. Als Anbauländer stehen sie – im Rahmen der internationalen Drogenpolitik und VN-Drogenkonventionen – vor der Aufgabe, den Anbau von Drogenkulturen zu reduzieren und den weltweiten illegalen Handel zu unterbinden. Diesen Anstrengungen steht der Anstieg des Drogenkonsums in den Ländern der europäischen Union, den nordamerikanischen Staaten und Schwellenländern wie Indien, China oder Brasilien entgegen.

Zudem ist eine kohärente entwicklungspolitische Strategie gegen den Drogenanbau, besonders in Ländern wie Kolumbien und Afghanistan, ein nicht zu unterschätzender Beitrag in der Bekämpfung des Terrorismus. Beispielweise ist hier die deutsche Zusammenarbeit der „Provincial Reconstruction Teams“ in Afghanistan ein vorbildliches Vorhaben, in dem Sicherheit und Entwicklung entscheidend verknüpft werden. Eine zukünftige starke Verzahnung von militärischer und staatlicher Sicherheit mit Konzepten der Entwicklungspolitik in Ländern mit prekärer Sicherheitslage muss daher zum Ziel einer umfassenden Antwort im Kampf gegen den Drogenanbau werden.

Die internationale Drogenproblematik vereint somit drei Hauptelemente, die es gleichzeitig zu bekämpfen gilt:

- Anbau und Produktion
- An- und Verkauf
- Konsum

Eine kohärente Strategie gegen die internationale Drogenproblematik lässt sich nur durch die Verbesserung der internationalen Ansätze und einer Verknüpfung von nationalen Strategien erreichen. Dabei muss die Arbeit der multilateralen Organisationen gestärkt werden und die Aufgabe der staatlichen Drogenbekämpfung, besonders in den Industriestaaten, muss sich stärker auf die Bestrafung von Drogenkonsum und -besitz konzentrieren.

Im Besonderen muss aber der internationalen Entwicklungspolitik im Kampf gegen den Drogenanbau eine stärkere Stimme und Durchschlagskraft verliehen werden.

Das derzeitige Drogenkontrollsystem der internationalen Gemeinschaft hat in den letzten Jahren ehrgeizige Zielsetzungen erreicht. Trotz dieser grundlegenden Erfolge gibt es eine Vielzahl von regionalen und strategischen Schwachpunkten in der internationalen Drogenbekämpfung.

fung, deren Beseitigung die Verdichtung der Zuständigkeiten und die Bündelung erfolgreicher Konzepte mit neuen Ansätzen erfordert. Diese Ansätze müssen von allen Politikfeldern gleichbedeutend fortgeführt und weiterentwickelt werden. Wir sind der Auffassung, dass die Entwicklungspolitik in den bisherigen Bekämpfungsstrategien eine untergeordnete Rolle gespielt hat und ihre Lösungspotentiale zur Reduzierung des Drogenanbaus noch nicht ausgeschöpft sind. Diese Tatsache muss geändert werden, um folgenden Schwachpunkte noch effektiver entgegenzutreten:

- der Anstieg der kriminellen Opiumproduktion in Afghanistan
- die ungebremste Kokainproduktion in Lateinamerika und der steigende Kokaingebrauch in Europa
- der weltweit steigende Cannabisverbrauch
- die Herstellung und der Gebrauch von synthetischen Drogen.

Die weltweite Produktion der Mohnpflanze ist zwar stark gesunken, jedoch nicht in allen Regionen gleichermaßen. Nach erfolgreichen Jahren in der Anwendung alternativer Entwicklungsstrategien ist der Status der Opiumproduktion im asiatischen „Goldenen Dreieck“, früher das Epizentrum der Drogenproduktion, fast als opiumfrei zu bezeichnen. Im Gegenzug ist die Opiumproduktion in Afghanistan seit 2005 dramatisch gestiegen. Die Zahlen für 2006 lassen keine andere Entwicklung erwarten. Um 56% ist die Produktion gewachsen und bereits 165.000 Hektar werden als Anbaufläche genutzt. Als Ergebnis liefert Afghanistan 6.100 Tonnen Opium in die Welt. Die Konsequenzen für Afghanistan sind dramatisch, der Aufbau der demokratischen Ordnung gerät ins Stocken, die Sicherheitslage hat sich durch die Verknüpfung von Drogenkriminalität und Terror zugespitzt.

In den letzten fünf Jahren sind die Gebiete in den Andenländern, die zum Anbau der Kokapflanze genutzt werden, zwar um 25% gesunken. Dies ist jedoch nur vordergründig ein Erfolg, da in den letzten Jahren leistungsfähigere Pflanzen gezüchtet wurden, die die Gesamtproduktion auf gleichem Niveau gehalten haben.

Die Problematik der regionalen Verschiebung der Drogenanbauflächen wurde in der Vergangenheit nicht gelöst. Es hat sich gezeigt, dass erfolgreiches Vorgehen gegen Anbauflächen die Verlagerung der Produktion in das jeweilige Nachbarland zur Folge hat. Mit diesen Problemen kämpfen besonders Peru, Myanmar, Laos und Afghanistan.

Die Nachfrage nach Kokain in den europäischen Staaten steigt seit 2000 auf ein alarmierendes Level. Dieses Faktum wird von den beteiligten Regierungen jedoch bisher ignoriert. Statistisch konsumieren Europäer mit höheren Bildungsabschlüssen mehr Kokain. Konsum im Bereich der Medienwelt wird als grundsätzlich von der Gesellschaft verharmlost. Dies hinterlässt bei jungen Menschen oft falsche Wert- und Gerechtigkeitsvorstellungen.

Cannabis ist die weltweit meist gebrauchte illegale Droge. Sie wird in vielen Ländern der Welt angebaut und ist nicht primär von meteorologischen Bedingungen abhängig. Ihre drogenpolitische Verharmlosung in weiten Teilen der Industrienationen hat zu einem enormen Anstieg der Produktion in Entwicklungsländern (Marokko) geführt.

Der Missbrauch der Amphetamine-Type Stimulants (ATS) zeigt sich in den Industrieländern unterschiedlich. In den nordamerikanischen

Staaten gelten ATS-Produkte als Feind Nummer eins, in Europa wurden diese Produkte hingegen von Kokain verdrängt.

Die aufgeführten Probleme im Bereich Drogenhandel und -anbau müssen in den nächsten Jahren konsequent bekämpft werden, sonst ist ein Rückfall in die letzten Jahrzehnte des zwanzigsten Jahrhunderts zu erwarten.

Das politische Vorgehen gegen die Drogenanbauproblematik muss jetzt verstärkt werden, da Deutschland im nächsten Jahr durch seinen Vorsitz in den wichtigsten internationalen Koordinationsgremien im Drogenbekämpfungsbereich (EU-Ratspräsidentschaft, Horizontale Gruppe) die einmalige Chance hat, die Vereinheitlichung der internationalen Standards nach deutschem Interesse und Konzepten voranzutreiben.

Wir schlagen zur Optimierung der Drogenbekämpfung einen ganzheitlichen Ansatz vor, der besondere Veränderungen in den Bereichen Anbau und Produktion sowie der Verbesserung der multilateralen Zusammenarbeit berücksichtigt. Ziel der CDU/CSU ist es, Impulse von der Entwicklungspolitik in alle Politikbereiche zu senden, um Anbau und Produktion sowie Handel und Konsum gemeinsam signifikant zu senken.

**Die AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher auf der Grundlage einer Zusammenarbeit aller beteiligten Politikbereiche:**

1. Das BMZ soll in **Regierungsverhandlungen**, die mit betroffenen Anbauländern geführt werden, immer auch die Bekämpfung von Drogenhandel und Drogenproduktion als einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit vorschlagen.
2. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) soll Konzepte erarbeiten, die sektorübergreifend Wirtschaftsaufbau, Infrastruktur und ländliche Entwicklung mit dem Bereich der alternativen Anbaumethoden (EOD) zusammenfasst. Gleichzeitig soll überprüft werden, inwieweit Kreditlinien für mittelständische Unternehmen und Mikrofinanzierung für Farmer effektiv mit den Programmen der alternativen Anbaumethoden verknüpft werden können. Ziel ist es neben einem nachhaltigen Wirtschaftsaufbau, den Bauern die Möglichkeit zu geben, **marktfähige Produkte** (z.B. Zucker, Safran) herzustellen. In diesem Zusammenhang muss das Entwicklungsinstrument der **Privat-öffentlichen Partnerschaft (PPP)** für den Aufbau von alternativen außerlandwirtschaftlichen Betrieben in Drogenanbauregionen genutzt werden.
3. Das BMZ soll für sein Projekt der **Entwicklungsorientierten Drogenkontrolle** im Bereich der ländlichen Entwicklung mehr Mittel einsetzen.
4. Damit die internationale Konsensfähigkeit hergestellt werden kann, muss der entwicklungspolitische Grundsatz gelten, dass die **Vernichtung** von Drogenanbauflächen nur als einmalige **Abschreckungsaktion** gegen regionale Machthaber (Warlords) sowie zur Sicherung einer extrem gefährlichen Region, z.B. Afghanistan, genutzt werden darf. Grundsätzlich darf die Vernichtung von Drogenanbauflächen in der Drogenbekämpfung jedoch

nicht Mittel erster Wahl sein, sondern nur eine flankierende Maßnahme der zivilen Entwicklungsstrategien.

5. Für Afghanistan ist die erfolgreiche Bekämpfung der Drogenwirtschaft die Grundvoraussetzung für den Gesamterfolg des zivilen Wiederaufbaus. Daher muss sie in der Entwicklungsstrategie eine zentrale Rolle bei Konzeption und Finanzierung spielen. Afghanistan ist in der internationalen Drogenanbaubekämpfung ein Sonderfall. Aus diesem Grund sind wir offen für neue **zeitlich begrenzte Substitutionskonzepte** in Afghanistan, um die Farmer aus dem Kreislauf der Kriminalität zu befreien. Diese Konzepte dürfen allerdings keine reine Substitution ohne Gegenleistung für die Bauern sein. Sie dürfen nur zusammen mit den Projekten der Entwicklungsorientierten Drogenkontrolle und außerlandwirtschaftlichen Berufsangeboten gekoppelt werden. Dem gesamten Bereich für den Aufbau von Markt- und Wirtschaftsstrukturen kommt dabei eine besondere Aufgabe zu.
6. Die **Verbesserung der sicherheitspolitischen Lage** in Afghanistan ist entscheidend für die Bekämpfung der Drogenanbauflächen. Hier müssen neue Antworten gefunden werden: Aus entwicklungspolitischer Sicht dürfen die Verantwortlichkeiten der einzelnen Führungsnationen **nicht isoliert** betrachtet werden – die Kompetenzen aller Nationen müssen inhaltlich stärker kooperieren und sich gegenseitig ernst nehmen. Die Konzepte, die Deutschland im Rahmen seiner Lead-Funktion in Afghanistan zum Polizeiaufbau umsetzt, sind vorbildlich und müssen in Zukunft noch stärker finanziell und personell erweitert werden. Die Konzepte, die im Rahmen des Zoll- und Grenzmanagements vom Auswärtigen Amt in Afghanistan in Zusammenarbeit mit den internationalen Partnern auf der DOHA-Konferenz I+II erarbeitet worden sind, müssen beispielhaft in die Konzeptionen der Drogenbekämpfung des BMZ aufgenommen werden. Außerdem muss ihre Anwendung auch in anderen Ländern mit Drogenanbauproblemen umgesetzt werden. Die erweiterte Umsetzung des **Zoll- und Grenzmanagements** soll auch dazu dienen, die sicherheits- und gesundheitspolitischen Folgen des Drogenschmuggels in den Transitländern nachhaltig zu bekämpfen. Die bewährten Werkzeuge, die die westlichen Industrienationen gegen die Geldwäsche einsetzen, müssen im Rahmen von „capacity building“ in die internationale Zusammenarbeit mit Transitländern eingebracht werden. Im Kampf gegen die Geldwäsche von Drogengeldern muss besonders Dubai von Deutschland unterstützt werden, da dieses Land Hauptleittragender der Wäsche afghanischer Drogengelder ist. Da der Drogenkonsum in Transitländern z.B Iran, Venezuela, Spanien, Russland und die Türkei in den letzten Jahren massiv zugenommen hat, besteht in diesem Bereich besonderer Handlungsbedarf.
7. Die Rechtsberatung der deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit muss sich stärker beim **Aufbau** und der **Durchsetzung** von **staatlichen Rechtsinstitutionen** in Entwicklungsländern mit Drogenanbauproblemen engagieren, um Rechtsstaatlichkeit und Strafverfolgung effektiver durchsetzen zu können.
8. Die Zahlungen Deutschlands an die **UNDCP** sind seit 2000 stark rückläufig, zur Zeit belegt Deutschland Platz 12 in der Geberliste. Damit die Arbeit der UNDCP im Interesse von Deutschland und Europa gestärkt wird, sollte die Drogenbekämpfungsbehörde im

Rahmen der multilateralen Mittelverteilung angemessen berücksichtigt werden. Im Sinne einer Stärkung deutscher Interessen ist zu überprüfen, inwieweit sich der deutsche Einfluss in der Personalpolitik widerspiegelt.

9. Europa muss mit seinen Konzepten **Vorreiter** in der **internationalen Drogenbekämpfung** werden. Die europäische Position muss von allen Ländern der Union getragen werden. Daher ist zu überlegen, eine gemeinsame europäische Drogenpolitik mit entwicklungspolitischem Akzent auf Kommissionsebene zu positionieren. Diese gemeinsame Politik erstreckt sich über die Straffung des EU-Drogenaktionsplans bis hin zu einer Verankerung von politischer Verantwortung innerhalb der Kommission.
10. Die Reform der **Gemeinsamen Agrarpolitik** der EU muss fortgeführt werden und die **WTO-Verhandlungen** zum internationalen Agrarmarkt müssen so ausgestaltet werden, dass die Agrarwirtschaft in Entwicklungsländern eine Chance zur Teilnahme am Welthandel erhält. Nur dann können der legale Agrarbau und die ländliche Entwicklung in Entwicklungsländern den Bauern alternative Einkommensquellen zum Drogenanbau bieten.
11. Die Strategien zur Bekämpfung der Drogenanbauproblematik in den einzelnen Entwicklungsländern erfordert immer eine **regionale Strategiekomponente**. Bei der Konzeption von Ansätzen sind isolierte Betrachtungen zu vermeiden, um den Verschiebungseffekt innerhalb eines Landes oder über Ländergrenzen hinweg zu vermeiden. Bei der Umsetzung von Projekten sind religiöse Besonderheiten, rechtsstaatliche Grundlagen und die kulturelle Mentalität zu beachten. In diesem Zusammenhang ist sicherzustellen, dass das BMZ auch auf die nationalen Drogenbekämpfungsstrategien nachhaltig eingeht. Beispielweise sollte in Afghanistan eine Zusammenarbeit mit den religiösen Autoritäten herbeigeführt werden, um über die kulturellen und religiös gewachsenen Strukturen Akzeptanz und Unterstützung für die Drogenbekämpfung zu schaffen.

 **CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Nobert Röttgen MdB

Hartmut Koschyk MdB

11011 Berlin

Text: Dr. Christian Ruck MdB

Jürgen Klimke MdB

Stand: November 2006